

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 15

Erscheint **Samstag**. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postweg. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Uebankstr. 63 I. Fernruf: Moripl. 56-3.

Berlin, den 10. April 1921

Anzeigenpreis: Die 6 spaltenweise Reklameweile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verbandsanzeigen usw. 1 Mark. • Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten •

37. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Wertstofffragebogen für Buchdruckereibetriebe**, die Ende Januar den Gau- und Ortsverwaltungen mit Rundschreiben 164 zugesandt wurden, sind von einer ganzen Reihe von Orten noch nicht eingesandt worden. Wir bitten dringend um umgehende Rücksendung derselben.

Insbondere ersuchen wir im Interesse einer vollständigen Erfassung auch der kleinsten Druckereibetriebe, daß die in diesen Betrieben arbeitenden Kollegen und Kolleginnen sich selbst um die Erlangung eines solchen Fragebogens bemühen und ihn beantworten, damit möglichst alle Betriebe erfasst werden.

2. **Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik** stehen leider noch immer von einigen Zahlstellen aus. Wir ersuchen dringend, die inzwischen nochmals zugesandte gelbe Karte unverzüglich frankiert einzusenden, damit wir spätestens am 10. April im Besitz derselben sind.

3. Die **Zahlstelle Straubing im Gau 16** ist mit Abschluß des ersten Quartals aufgelöst. Die dort vorhandenen Mitglieder wollen sich als Einzelmitglieder beim Gauvorstand (Münchberg, Breite Gasse 25-27, Mittelh. III, Zimmer 30), anmelden.

4. **Ausgeschlossen auf Grund des § 15b** des Statuts wurde in Berlin der Buchbinder **Fritz Harz**, geboren am 7. April 1891 in Weitin. (Buchnummer 62 848.)

5. **Materialverband**. Allen Gau- und Ortsverwaltungen ist vor einigen Tagen zugesandt worden: Rundschreiben Nr. 194, betreffend die Tarifverhältnisse in den Buchdruckereien; eine Broschüre: **Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften**, von Robert Dörmann.

Die zuletzt genannte Broschüre enthält Material zur Abwehr der zersetzenden Bestrebungen der W.P.D. in den Gewerkschaften.

Der Verbandsvorstand.

Eine Proklamation an die Arbeiterschaft der ganzen Welt

erläßt aus Anlaß des bevorstehenden Maifestes der Internationale Gewerkschaftsbund.

Darin wird unter anderem gesagt, daß in diesem Jahre die Arbeiterkündigungen am 1. Mai großartiger denn je sein müßten. Die Reaktion werde in allen Ländern immer kühner. Die Bourgeoisie widersetze sich mit steigender Energie den Forderungen der Arbeiter.

Die Arbeiterorganisationen seien stetigen Reibungen durch die Regierungen ausgesetzt. Die Bemühungen der Vertreter des Großkapitals, die Regierungen unter ihre Vormundschaft zu bringen, werden jeden Tag stärker.

Man müsse an die Greuelthaten erinnern, die gegen die Arbeiterschaft in Irland, in Spanien und in den Vereinigten Staaten von Amerika begangen worden seien. Man müsse sich ferner erinnern an den Widerstand, den in allen Ländern die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, namentlich aber die Begrenzung der Arbeitszeit, erfahre.

Schließlich müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont werden, den die Leitung des Völkerbundes zeigt, um die wirtschaftliche Wiederherholung Europas herbeizuführen dadurch, daß sie sich weigern, das Wechselkursproblem zu lösen und die Verteilung der Rohmaterialien für die

Industrie zu organisieren. Durch diese Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten wird sich die Arbeitslosigkeit überall verschärfen und der schlechte Ernährungszustand in den Arbeiterfamilien verewigen.

Anstatt rasch und energisch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen durch die Länder, deren Wechselkurs entwertet ist, und durch die Begünstigung der rationalen Verteilung von Rohmaterialien, machten die Leiter des Völkerbundes sich beispielsweise verantwortlich für die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich, Belgien und Holland, während gleichzeitig die deutschen Bergarbeiter gezwungen waren, Überstunden zu leisten. Ferner müsse an die Anstrengungen der Bourgeoisie aller Länder erinnert werden, die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verhindern.

Rehr denn je müßten sich die Arbeiter aller Länder zusammenschließen. Der 1. Mai müsse der Ausgangspunkt einer energischen Handlung sein zugunsten der von den organisierten Arbeitern auf dem letzten Kongreß in London am 1. November gestellten Forderungen, nämlich der Sozialisierung des Bodens und der Produktionsmittel und des Inkrafttretens der Abmachungen von Washington sowie des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit durch die Regelung der Verteilung der Rohmaterialien.

Der Propaganda für diese Forderungen müsse der 1. Mai gewidmet sein.

Die Kundgebung schließt, die Organisationen sollten dafür sorgen, daß am 1. Mai die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten 10 Millionen Arbeiter sich erheben zur Eroberung einer menschenwürdigen Existenz. Es lebe der internationale Kampf der Arbeiter.

Eine Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung

ist am 18. Februar erlassen worden. Der Erlaß dieser Verordnung erinnert — wie die Zeitung „Der freie Angestellte“ mit allem Recht sagt — wieder einmal daran, daß es bisher in Deutschland eine geordnete sozialpolitische Gesetzgebung nicht gegeben hat. Denn fast alle wichtigeren Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge, Regelung der Arbeitszeit usw. waren „Demobilisierungsgesetze“, d. h. Uebergangsvorschriften.

Diese Uebergangsvorschriften sind nun durch die Verordnung vom 18. Februar zum Teil mit Wirkung vom 31. März 1921 ab, zum anderen Teil mit Wirkung vom 31. März 1922 ab aufgehoben worden.

Nach der Verordnung vom 18. Februar 1921 sind die in den Kommunalverbänden errichteten Demobilisierungsausschüsse bis zum 31. März 1921 aufzulösen. Den Demobilisierungsausschüssen lag es ob, die Verordnung vom 25. April 1920 über die Freimachung von Arbeitsstellen durchzuführen. Diese Verordnung selbst bleibt noch in Kraft, jedoch wird vom Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, den Geltungsbereich der Demobilisierungsausschüsse wesentlich einzuschränken und die Beschränkung der Freizügigkeit aufzuheben, bis auf einzelne Städte und Landesteile, wo die Wohnungs- und Wirtschaftsverhältnisse dies heute noch unmöglich machen. Aus diesem Grunde ist im § 1 der Verordnung vorgesehen, daß die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle die einem Demobilisierungsausschuss verbleibenden Aufgaben einem anderen Ausschuss übertragen kann, unter dessen Mitgliedern sich eine

gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern befinden müssen.

Im § 2 der Verordnung wird die Reichsregierung ermächtigt, den Zeitpunkt, zu welchem das Amt der Demobilisierungskommissare durch die Landeszentralbehörde aufzuheben ist, selbst zu bestimmen.

Nach dem § 3 treten alle Anordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilisierungsbehörden auf Grund der wirtschaftlichen Demobilisierung betreffenden Befugnisse mit dem 31. März 1922 außer Kraft, sofern nicht durch Gesetz oder Anordnung ein früherer Zeitpunkt bestimmt ist. Der 31. März 1922 ist mithin als Schlußtermin der wirtschaftlichen Demobilisierung festgesetzt worden, und zu diesem Termin würden hiernach die Verordnungen vom 12. Februar 1920 über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, sowie vom 8. November 1920 über Betriebsabbrüche und -stilllegungen in Wegfall kommen, wenn nicht die weitere Entwicklung des Wirtschaftslebens ihre Fortdauer oder sogar Ausdehnung letzten Endes nicht doch bedingt.

Die Verordnung vom 21. November 1918 über Weiterarbeit in Kriegsmaterial wird durch die Bestimmungen der Verordnung vom 18. Februar 1921 nicht berührt.

Ebenso bleibt von dieser Verordnung unberührt die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Der zweite Teil dieser Verordnung über Arbeiter- und Angestelltenauschüsse ist durch das Betriebsrätegesetz inzwischen bereits außer Kraft gesetzt worden, sowie die Verordnung vom 24. Januar 1919 über eine vorläufige Landarbeitsordnung. Diese beiden Verordnungen sind keine Demobilisierungsvorschriften. Sie sind vom Rat der Volksbeauftragten verkündet worden und haben Gesetzeskraft, können also nur durch den Reichstag außer Kraft gesetzt oder durch andere Gesetzesbestimmungen ersetzt werden.

Eine wahnwitzige Wirtschaft.

Das „Reichsarbeitsblatt“ lenkte in einer Abhandlung: „Sozialpolitisches aus dem Auslande“ auf die Tatsache hin, daß nach Einbringung der neuen Schur ein derartiger Ueberfluß an Wolle in den Produktionsländern eintreten würde, daß zwei bis drei Jahre dazu nötig sein würden ihn aufzubrauchen. Die Konferenz der Baumwollpflanzer, Händler und Bankiers des südlichen Teiles der Vereinigten Staaten hat deshalb beschlossen, die nächste Baumwollenernte durch Verminderung der Anbaufläche von 50 vom Hundert herabzusetzen. Die Weigerung der amerikanischen Banken, weitere Vorkäufe auf Getreide und Baumwolle zu gewähren, hatte umfangreiche Liquidationsverkäufe von Weizen zur Folge. Dadurch ereigneten sich allein im Oktober 923 Bankrotte mit Verlusten von 39 Millionen Dollar.

Auch Dr. A. Ettrimer beschäftigt sich mit dieser Wahnwitzigkeit. Er schreibt:

„Im reichen Amerika verbrennt man Korn, weil es im Preise tiefer steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Speicher in Brand gesteckt, um die Preise aufzubessern. In Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Oesterreich, reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die notwendigsten Bekleidungsstücke herstellen zu können. Millionen Arbeitskräfte liegen brach, den Schiffen fehlt es an Frachten, in den Haushaltsplänen

der Nationen Klassen riesige Defizite, Fehlbeträge, für die vergeblich Deckung gesucht wird. Wo liegt die Ursache der furchtbaren Störungen? Zwischen den Korn und Baumwolle erzeugenden Farmern Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Güter angewiesenen Arbeitern Europas fehlt diejenige Verbindung, die den Ausgleich in der Bedürfnisbefriedigung herzustellen vermag. Der Weltmarkt, der sich diese Aufgabe ja gestellt hat, vermag, er verfügt zwar über gefüllte Lagerhäuser, läßt aber doch die Arbeitswilligen hungern und frieren. Den Arbeitslosen aber verwehrt das Gesetz, sich anzueignen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die „Ordnung“ zu erhalten.

Wie gelangt die Menschheit aus diesem fehlerhaften Kreislauf der Weltwirtschaft, die so gewaltige Schätze birgt, daß alle Menschen der Not entrissen werden können, heraus? Den Handel leitet der Gewinn, nicht das Pflichtgefühl, von nationalwirtschaftlichen oder weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus die Befriedigung der Bedürfnisse vorzunehmen. Kann das Ausland irgendein Erzeugnis aus irgendwelchen besonderen Ursachen billiger abgeben, als die heimische Industrie sie herzustellen vermag, führt der Importeur die Ware ein ohne Rücksicht darauf, daß heimische Arbeiter außer Brot gebracht werden. Nur darauf, daß ihm das Geschäft Geld einbringt, kommt es für ihn an, den Ausgleich der durch seine Einfuhren verursachten Störungen überläßt er mit Ruhe der freien Entwicklung, dem freien Spiel der Kräfte.

Weil der Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterklassen der Völker bittere Not leiden müssen, kann diese nur überwunden werden, wenn das Eigeninteresse des Handels dem volkswirtschaftlichen Interesse Platz machen muß. Wir brauchen Brot, Futter, Rohstoffe, die in anderen Ländern überreichlich vorhanden sind. Aber, sagt man uns, wir seien zu arm, um sie kaufen und herbolen zu können. Ist das wahr? Ist ein Volk arm, das eine Million Hände, fleißige und geschickte Hände frei hat, die arbeiten können und wollen? Geht hin, sendet Boten dorthin, wo Getreide und Baumwolle verbrannt werden, und fragt sie, was ihnen die deutschen Arbeiter dafür geben können! So reich an Gütern, daß sie keinerlei Bedarf mehr haben, sind z. B. diese amerikanischen Farmer sicher nicht! Redet nicht von Geld und Valuta! Nehmt Waren in die Hände und tauscht sie gegen das, was wir so bitter dringlich brauchen. Weil der Geldhandel verfaßt, für den der Handel Spekulation ist, darum sollen arbeitsfähige Völker hungern? An der Arbeiterklasse selbst liegt es, ihre Macht einzusetzen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu Hilfe zu nehmen.

Die Warentauschgesellschaften brauchen nicht erst erfunden zu werden, sie sind bereits da, aber sie müssen in den Dienst einer großen nationalen Bedarfsdeckungswirtschaft gestellt werden als soziale Handelsunternehmungen. Es ist Sache der Regierung und der Gewerkschaften, den Warentausch großzügig in die Hand zu nehmen, mit den amerikanischen Farmerorganisationen und anderen zu verhandeln und statt Kredit mit teuren Zinsen direkt Bestellungen auf deutsche Ware anzunehmen.

Ein internationales Arbeitsamt ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warentauschamt ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe müßte es sein, Ueberfluß und Mangel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen festzustellen und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Welthandels. Heute ist der Weltmarkt in außerordentlich hohem Maße ein Spekulationshandel, an dem sich nur Händler beteiligen können, die die Marktlage mit völliger Entschlußfreiheit auszunutzen in der Lage sind.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Taufschabmachungen, Zucker gegen Kohle, auch die Vereinbarungen mit Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Taufschandels praktisch beschritten werden kann. Hinzuzuwenden ist auch auf die Tätigkeit der mit deutsch-amerikanischen Kapital gegründeten „Amstea“, die amerikanischen Schiffsbaustraß gegen deutsche Kleinfischarbeiten zu tauschen begonnen hat.

Wenn wir allerdings nach den Vereinigten Staaten z. B. irgendwelche deutschen Erzeugnisse bringen wollen, die dort selbst ebenso gut und preiswert hergestellt werden, so würden wir mit unseren Taufschwaren gegen amerikanisches Getreide, Petroleum, Baumwolle oder Kupfer nichts anderes tun, als amerikanische Industriearbeiter freisetzen. Das tut ja der freie Export- und Importhandel. Nur

auf dem Wege der Verständigung nach volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen kann der Weltmarkt ein Warentauschverkehr werden, der verhilft, daß wirtschaftliche Ungebeuerlichkeiten, wie sie sich in Krisenzeiten herausgebildet haben, auch in Zukunft wieder erscheinen können. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volk Milchfette und Lebensmittel zum Geschenk machen, zeigt doch deutlich genug, daß sie die Widersinnigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage voll begreifen. Nehmt deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und fragt den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will. Von Kaffee gar nicht zu reden. Heute verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Kaliforniat sein Kaffee gegen Devisen.

Daß Gütererzeuger miteinander tauschen können, ist klar. Der Bauer oder die Kohlengrube können ihre Erzeugnisse gegen Baumaterialien und die Dienste der beschäftigten Arbeiter ebenfalls gegen ihre Erzeugnisse tauschen. Will der Bauer aber ein Haus bauen, dessen Kostenwert dem Ertrag von 20 Ernten entspricht, so entsteht doch die Frage, wo sind die Erträge von 20 zukünftigen Ernten auf einmal verfügbar zu machen als Taufschmittel für die Errichtung eines Hauses, das in einem Sommer erbaut werden kann? Zum Aufbau der Wirtschaft müssen wir also Mehrarbeit leisten, mehr als zu unserem Lebensunterhalt notwendig ist; wir müssen Ersparungen machen, wir müssen für zukünftigen Gebrauch und Verbrauch vorgetane Arbeit leisten, d. h. Kapital bilden.

Schließen sich aber fünf Bauern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und jeder Bauer erzeugt sozial Lebensunterhaltsmittel über den eigenen Bedarf mehr, daß jeder von ihnen einen Bauarbeiter miternähren kann, so können diese fünf Bauarbeiter jedem Bauern jährlich ein Haus bauen im Kreis gesellschaftlicher Arbeit ohne Auffammlung vorgetaner Arbeit, d. h. Kapital. Immer ist aber ein Ueberfluß an Produktion über den eigenen Bedarf erforderlich. Solche Ueberflüsse in der Weltwirtschaft sind aber da, dagegen fehlt es an der gesellschaftlichen Zusammenarbeit.

In der Weltwirtschaft fehlt die Arbeitsteilung. Kapitalistische und nationalstische Interessen führen zu Abperrungen der Wirtschaftsvölker gegeneinander, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit finden. Je mehr Menschen da sind, die in geleiteter Arbeitsteilung produzieren können, desto größer wird die Zahl von Genuß- und Gebrauchsgütern, die jeder einzelne erwerben kann. Ueberproduktionen sind bei dem riesigen Bedarf der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Man bezeichnet fälschlicherweise Störungen im Zirkulationsprozeß, Warenanhäufungen an einzelnen Verkehrspunkten als Ueberproduktion, die gar nicht besteht. Würde eine volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Denkwiese die Gesellschaftswirtschaft der Erde leiten, ein bewußtes Zusammenarbeiten an Stelle des Gegenwärtigen bestehen, dann würden wir bald erkennen, daß noch viel zu wenig Hände da sind, um eine Weltkultur zu schaffen. Deshalb müssen wir uns für die Forderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warentauschamtes erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Gütererzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat es also soweit gebracht, daß, während man in verschiedenen Staaten wegen Ueberfluß zugrunde geht, die Bevölkerung anderer Staaten verhungert. Wie lange wird sich die wertstättige Bevölkerung der ganzen Welt dieses verbrecherische Treiben noch ansehen?

Abbau der Preise oder Abbau der Löhne?

Der Dividendenlegen in der Papierindustrie. Die „Papier-Zeitung“ beschäftigt sich öfters einmal mit diesen Fragen, allerdings nur in der dort üblichen Art, sich lediglich auf die Wiebergabe von Zuschriften zu beschränken, selbst aber eine klare Stellung nicht zu nehmen. Letzteres wäre für sie allerdings auch eine recht unangenehme Aufgabe, denn ihr obliegt es ja zugleich mit, fast in jeder Nummer über einzelne Geschäftsergebnisse zu berichten, die denn dem objektiven und unbefangenen Beobachter des Wirtschaftslebens die Antwort auf die oben gestellten Fragen ganz von selbst aufdrängen. Selbständige und selbstverständliche Schlussfolgerungen aus der eigenen Arbeit zu ziehen vermag aber das Blatt nicht, da es

sein Wirken ganz auf die Interessvertretung der Papierindustriellen eingestellt hat. Es beschränkt sich deshalb in der Regel darauf, bei künftigen Fragen die Beantwortung den einzelnen Unternehmern selbst zu überlassen.

Welcher Unfinn da oft an das Tageslicht kommt, soll folgendes Beispiel zeigen. Aus Angestelltenreisen erhielt die „Papier-Zeitung“ eine Zuschrift, aus der wir das Nachstehende wiedergeben. Es heißt dort u. a.:

„Mit einigen Fremden habe ich von der . . . Notiz Kenntnis genommen, laut welcher man seitens der Konventionen der einseitig glatten Papiere und von imitiert Pergament und Pergamun sich mit dem Gebanten trägt, die durch erhöhte Zellstoffpreise, Gütertarife und Kohlenpreise entstehenden Mehrausgaben durch Ermäßigung der Löhne bei Abbau der Lebensmittelpreise in etwas auszugleichen.“

Hierorts haben die notwendigsten Artikel für den Lebensunterhalt folgende Preise:

	Gelegter Preis Friedenspreis (=10fache)	
Prot d. Mlo	2,38 Ml.	0,28 Ml. (=15fache)
Kartoffeln d. Wf.	0,60	0,04 (=15fache)
Rindfleisch d. „	16,-	0,80 (=20fache)
Fette d. „	12,-	0,60 (=20fache)
Eier d. Stk.	1,80	0,07 (=25fache)
Schafe d. Paar	200,-	12,- (=10-20f)
Gerrenanug d.	12-1500,-	78,- (=20fache)
Frauentlebung		
(Selbstfertigung)	1000,-	60,- (=16fache)
Wäsche d. Meir	18,-	0,60 (=30fache)

Die jetzigen Preise betragen also noch immer durchschnittlich das 15-20fache der Friedenspreise, während man hier . . . die älteren Angestellten mit dem 5fachen (nach Abzug des Mehr von Steuern und Kassengeldern mit dem 4½fachen), jüngere Leute mit dem 7fachen des Friedensgehalts abfindet, wofür die für verlangte Vollerleistung notwendige Ernährung nicht durchgeführt werden kann, und Anspargungen für Bekleidung und Haushalt unterbleiben müssen, bis gelegener Zeiten kommen; denn angeblich reichen die aus den gegenüber Friedensnotierungen 15fachen und noch höheren Preisen sich ergebenden Millionenverdienste wohl für Abschreibungen, Rücklage und hohe Dividenden, also arbeitslose Einkommen, aus, nicht aber, um auch die Angestellten so zu bezahlen, wie es unter heutigen Verhältnissen der Fall sein müßte. Wenn nun mit dem Abbau der Lebensmittelpreise ohne gleichzeitige wesentliche Verbilligung der sonstigen Waren eine Ermäßigung der jetzt unzureichenden Gehälter erwartet und geplant wird, so rückt damit die Aussicht auf erträgliche Verhältnisse und allmähliche, längerer Aufschub schon nicht mehr tadelnde Instandsetzung und Wachsung von Kleidung, Wäsche, Wirtschaftsgegenständen aller Art in unabherrbare Ferne.

Mit allem Nachdruck muß deshalb dafür eingetreten werden, daß ein Abbau aller Preise für den Lebensunterhalt erfolgt (dazu gehören auch die Notierungen der anderen Rohstoffwerte, der Wäschereifabriken, Textilfabriken, die ohne Preisgabe ihrer eigenen Existenz kaum billiger produzieren können, wenn sie für Maschinen das 17fache der Friedenspreise anlegen müssen usw.) und dann erst Gehälter und Löhne in Einklang mit den geltenden Preisen für den Lebensunterhalt gebracht werden, ehe an Gehaltsverminderung gedacht wird. . . .

Was hier für die Angestellten gesagt wird, hat natürlich seine volle Berechtigung, gilt aber auch im gleichen Ausmaß für die Arbeiterklasse. Und auf diese sachlich einwandfreie Darstellung fand sich ein Papierfabrikant N. C., der darauf nur das Folgende zu sagen wußte:

„Es ist dem Einmender darin beizupflichten, daß der heutige Lebensunterhalt das 10- und 15fache der Preise vor der Kriegszeit fordert, aber die heutigen Preise müssen zum größeren Teil als Folge der erhöhten Löhne gefordert werden. Viele Leute beachten hierbei allerdings irrtümlicherweise nur die Löhne bei der letzten Bearbeitung der Ware. Bleiben wir z. B. bei unserem Handwerk, so bemängelt man fast stets die Höhe der Papierpreise mit der Begründung, daß zur Herstellung eines Kilos Papier nur so und so viel Arbeitslohn erforderlich sei. . . . Man berücksichtigt dabei nicht, daß im Rohstoff, der heute etwa das 20fache des Friedenspreises kostet, auch eine große Menge teurer Arbeit steckt. Ueberall wie bei uns in der Papierindustrie regelt nicht der Lohn, der unmittelbar zur Herstellung des Papiers vorausgesetzt wird, die Verkaufspreise, sondern Hand in Hand damit die Löhne, die in den zur Herstellung der Ware notwendigen Roh- und Hilfsstoffen stecken. Und da muß fast überall auf den zur Herstellung aller Gegenstände nötigen Urstoff, nämlich die Kohle, zurückgegriffen werden. Solange die Kohle infolge geringer Förderung durch den Achtstundentag und infolge der entsprechend erhöhten Löhne die heutigen Preise erfordert, kann kaum an einen Abbau der Warenpreise gedacht werden. Der Landwirt soll Brot,

Kartoffeln, Fleisch und Fett billiger liefern, hierzu muß er jedoch seine Düngemittel, wie Kalk, Phosphor usw., zu billigeren Preisen erstehen können, und zu alledem gehört Kohle. So ist es mit Schuhen, Kleidern, Unterzeug und allem. Leider wird es fast stets übersehen, daß von unten herauf ein Preisabbau stattfinden muß, dann folgt das Fertigfabrikat von selbst. Aber bei allen Forderungen in der Presse und in den Verammlungen verlangt man den Abbau des Fertigfabrikats und nicht einen allgemeinen Abbau auf allen Gebieten von den Rohstoffen ausgehend. Ich schloße es mit meinen Arbeitnehmern, als diese mir gegenüber füglich behaupteten: wir gerne würden wir wieder zum Friedenspreise arbeiten, wenn auch der Lebensunterhalt zu früheren Preisen möglich wäre! Andererseits haben wir viele Arbeitnehmer, die mit ihren Kindern ein Jahreseinkommen von 60—75 000 M. und mehr haben, also viel besser dastehen als die meisten Staats- und Reichsbeamten."

Soviel Worte soviele Unfinn, und den nur zu dem Zweck, den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern. Jedermann weiß, daß bei allen Kalkulationen als Unterlage genommen wird: Preis des Rohstoffes (also einschließlich des bereits in diesem stehenden Arbeitslohnes) plus neuer Arbeitslohn plus sonstiger Zuschläge. Es ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit, wenn in der zitierten Unternehmerantwort versucht wird, durch eine mehrmalige Aufrechnung von wesentlichen Teilen des Arbeitslohnes diesen selbst als die alleinige Ursache der Preissteigerungen hinzustellen. Die ganze trampfaste Sucht, alle Schuld den „hohen“ Arbeitslöhnen zuzuschreiben, zeigt sich vor allem auch in dem Schlußatz der Unternehmerweisheit, in dem von einem Jahreseinkommen von 60—75 000 M. für viele geredet wird. Wer seine fünf gefunden Sinne noch beisammen hat, der weiß, daß zu einem derartigen Einkommen sechs bis acht vollwertige und — was heute besonders wichtig ist — vollbeschäftigte männliche Arbeitskräfte notwendig sind. Und wie oft mögen diese in einem Haushalt beisammen sein?

Wir müssen aber die Aufmerksamkeit auf etwas anderes lenken, das uns zeigt, in welche Kreise der riesige Geldstrom fließt, der in den alles übertreffenden Preissteigerungen seine Ursache hat und das uns zugleich auch zeigt, wie die eingangs gestellte Frage beantwortet werden muß. Die nachstehenden Uebersichten über eine Anzahl Geschäftsergebnisse aus der Papierindustrie sind zum größten Teile derselben „Papier-Zeitung“ entnommen, die den oben zitierten Erguß einer bedrängten Unternehmerseele brachte. Und darauf ist noch besonders hinzuweisen, daß diese Uebersichten nicht erkennen lassen, in welchem Umfange in den einzelnen Unternehmungen die jetzt zur Verschleierung der Geschäftserträge üblichen Kapitalverwässerungen durchgeführt sind und welche Summen auf dem Umwege über offene und versteckte Reserven verschwendet sind. Die Kenntnis dieser Dinge würde erst das richtige Bild ergeben.

Von den einzelnen Unternehmungen der Papierindustrie wird berichtet:

C. A. Schwerdtfeger u. Co., Aktien-gesellschaft in Berlin. Die sehr wesentlich gestiegenen Herstellungskosten konnten durch höhere Preise ausgeglichen werden, und die Erzeugung fand schlanke Abfah. In den letzten Monaten verschlechterten sich die Verhältnisse. Der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. Juli 1920 wurde Erhöhung des Aktienkapitals um 900 000 M. vorgeschlagen, die genehmigt wurde. Außerdem hat der Aufsichtsrat die Ausgabe einer mit 5 v. H. verzinslichen und zu 102 v. H. rückzahlbaren Obligationenanzleihe von 1 200 000 M. beschlossen. Die Bilanz weist einen Bruttogewinn aus von 349 874 M., der sich durch den Vortrag von 1918/19 um 8470 M. auf 358 344 M. erhöht. Nach Abzug der Abschreibungen von 257 242 M. verbleibt ein Reingewinn von 101 103 M., der wie folgt verteilt wird: Zuweisung an den Reservefonds 10 000 M., 4 v. H. Dividende auf 1 350 000 M., 54 000 M., Tantieme des Aufsichtsrats 4786 M., 1 v. H. Superdividende 13 500 M. Vortrag auf neue Rechnung 18 817 M.

F. A. Günther u. Sohn A.-G. (Verlag für Leder usw.) in Berlin. Die Gesellschaft hat einen Gewinn von anscheinend 2½ bis 3 Millionen Mark bei 1,26 Millionen Mark Aktienkapital erzielt. Sie weist einen „Gewinn einschließlich Vortrag“ von 3,16 Millionen Mark auf, ohne übrigens Verwendung ersichtlich zu machen. Im Vorjahre betrug der Gewinn 1,13 Millionen Mark, und es wurden u. a. 25 v. H. Dividende verteilt; wieweil jedoch als Vortrag verblieb, ist nicht festzustellen. Auch diesmal wird die Dividende mit 25 v. H. vorgeschlagen, jedoch zusätzlich ein Bonus von gleicher Höhe, so daß insgesamt 50 v. H. entfallen. Eine Generalversammlung soll eine Kapitalerhöhung vornehmen.

Norddeutsche Lederpappfabriken Aktiengesellschaft. Der Abschluß des Geschäftsjahres 1919/20 weist unter Einrechnung des Vortrages aus dem Vorjahre mit 13 704,17 M. einen Reingewinn von 236 706,84 M. aus. Es wird vorgeschlagen als Rücklage der Schulzinslastentener 10 000 M. zuzuwenden, ferner für den geschlossenen Reservefonds 40 000 M. zurückzustellen und den verbleibenden Reingewinn von 186 707 M. wie folgt zu verteilen: 4 v. H. Dividende auf 2 288 000 M., 91 520 M., Tantieme an den Aufsichtsrat 2408,40 M., 2 v. H. Superdividende 45 760 M., Vortrag auf neue Rechnung 47 018,44 M.

W. Hagelberg A.-G., Chromolithographische Kunstanstalt, in Berlin. Das Geschäftsjahr 1919/20 wurde mit einem Reingewinn von 1 070 617,97 M. abgeschlossen. Hieron wurde die vorjährige Unterbilanz von 980 802,46 M. getilgt und nach einer Ueberweisung von 8981,60 M. an den Reservefonds sowie einer Vergütung von 53 081,80 M. an Vorstand und Beamte der Rest von 27 752,11 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Poppe u. Wirth A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft verausgabte im abgelaufenen Jahre für Unkosten und Zinsen 3 101 886 M. Steuern erforderten 476 900 M. Das Unternehmen schließt das Geschäftsjahr 1920 mit einem Reingewinn von 1 511 694 M., woraus eine Dividende von 30 v. H. vorgeschlagen wird. Mit Rücksicht auf die erhöhten Außenstände hat die Gesellschaft dem Debitorenfonds diesmal 200 000 M. überwiesen, dem Gebäudeerneuerungsfonds 150 000 M. Im Geschäftsbericht bemerkt die Verwaltung unter anderem, daß es trotz der bekannten Kaufverluste in den Monaten März bis August des abgelaufenen Jahres möglich war, den Umsatz gegen 1919 weiter zu steigern. Das neue Geschäftsjahr zeigt bisher bei guten Umsätzen einen befriedigenden Verlauf.

Dresdner Chromo- und Kunstbr.-Papierfabrik Krause u. Baumann A.-G. in Heidenau-Süd. Die Fabrikation erbrachte 13,99 Millionen Mark, Zinsen 208 387 M. Andererseits erhöhten sich die Unkosten auf 6,28 Millionen Mark, wobei zu beachten ist, daß 1,59 Millionen für Steuern und Abgaben sowie 2,19 Millionen Mark für Reparaturen aufgewendet wurden. Neben den vertraglichen Gewinnanteilen für Vorstand und Beamte sind auch die Aufsichtsratsanteile bereits unter den Unkosten verbucht worden, während 500 000 M. Rücklage auf Außenstände bereits vor Ausweis des Gewinnes gefürzt wurden. Zu dem sich nach 1,38 Millionen Mark Abschreibungen ergebenden Reingewinn von 6,54 Millionen Mark treten noch 208 315 M. Vortrag. Zur Erfüllung der gesetzlichen Rücklage auf 1 Million Mark werden zunächst 126 750 M. Rücklage vorgeschlagen, ferner 1 Million Mark für Rücklage II, 200 000 M. für Unterstüßungsrücklage und 1,50 Millionen Mark für einen Beamten- und Arbeiterwohlfahrtsfonds. Es sollen 35 v. H. Dividende auf 10 Millionen Mark Aktienkapital verteilt und 513 467 M. vorgetragen werden. Der gegenwärtige Auftragsbestand wird als normal bezeichnet. Für 20,94 Millionen Mark Warenvorräte, 13,54 Millionen Mark Warenschuldner und 22,92 Millionen Mark Warengläubiger wurden mit in das neue Jahr herübergenommen. An Stelle von 2,35 Millionen Mark Bankschuld ist in Verbindung mit der Kapitalvermehrung ein Bankguthaben von 3,78 Millionen Mark getreten. — Die Vereinigten Strohhöfenfabriken in Dresden schlagen eine Dividende von 20 v. H. und einen Bonus von 100 M. vor. Zu beachten ist, daß diesmal ein Aktienkapital von 8 Millionen Mark (i. B. 4) an der Dividende teilnimmt.

Leutert u. Schneidewind Komm.-Ges. auf Aktien in Dresden. Der Aufsichtsrat beschloß die Verteilung einer Dividende von 15 v. H. und die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,4 Millionen Mark auf 2,4 Millionen Mark vorzuschlagen. **Hasseröder Papierfabrik A.-G. Heidenau.** Bei dem Unternehmen war nach dem Bericht für 1920 die Nachfrage sehr groß, doch habe die ungenügende Kohlenzuteilung zu empfindlichen Betriebseinschränkungen gezwungen. Die neu angelegte Holzschleiferei, die Ende August fertiggestellt war, konnte aus dem gleichen Grunde erst Anfangs 1921 in Betrieb genommen werden. Der Reingewinn wird nach 1 149 577 M. Abschreibungen und 878 866 M. Aufwendung für Instandhaltungen einschließlich 108 461 M. Vortrag mit 1 303 122 M. ausgewiesen, woraus 20 v. H. auf die 2,20 Millionen Mark alten und 10 v. H. auf die 2,50 Millionen Mark jungen Aktien sowie 3 v. H. auf die 500 000 M. Vorzugsaktien verteilt werden. 150 000 Mark werden einem Erneuerungsfond zugewiesen und 302 936 M. vorgetragen. Das bei der Erhöhung des Aktienkapitals erzielte Aufgeld ist nach Abzug der Unkosten mit 476 327 M. der Reserve zugewidmet worden, die mit 0,59 Millionen Mark aus-

gewiesen wird. Den 6,48 Millionen Mark Kreditoren stehen 5,22 Millionen Mark Debitoren und Anzahlungen sowie 5,90 Millionen Mark Vorräte gegenüber.

Chromo-Papier- und Kartonfabrik v. m. Gustav Majort, A.-G. in Leipzig-Plagwitz. In der Aufsichtsratsfassung wurde beschlossen, eine Dividende von 30 v. H. vorzuschlagen. Es ist beabsichtigt, das Kapital der Gesellschaft durch Ausgabe von 1,1 Millionen Mark Stammaktien und 0,5 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Kunstdruck- und Verlagsanstalt Wegel u. Raumann, Akt.-Ges. in Leipzig-Reudnitz. Im abgelaufenen Jahre konnte der Bruttogewinn auf Warenrechnung auf 8 937 289 Mark (i. B. 1 720 908 M.) gesteigert werden. Gleichzeitig erhöhten sich die Fabrikationsunkosten auf 3 175 483 M. und die Handlungsunkosten auf 4 035 403 M. Die Abschreibungen wurden mit 358 564 M. bemessen. Einschließlich des Vortrages von 49 076 M. sowie verschiedener Einlagen ergab sich ein Reingewinn von 1 585 999 M. Als Dividende sollen 24 v. H. an die Stammaktien und 16 v. H. an die Genussscheine verteilt werden; die Sonderrücklage erhält 150 000 M., der Unterstüßungsfonds 500 000 M. Der Neuvortrag beträgt 55 307 M. Das günstige Ergebnis ist laut Bericht hauptsächlich neben günstigen Einflüssen den gepflegten Exportverbindungen sowie dem Umstand zu verdanken, daß die Gesellschaft von nennenswerten Verlusten verschont blieb. Die Erwerbung eines neuen Betriebes in Krefeld, von dem sich die Verwaltung angemessenen Vorteil verspricht, macht naturgemäß neues Betriebskapital nötig, weshalb der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 200 000 M. vorgeschlagen wird. In der Bilanz stehen den Kreditoren von 8 928 943 M. gegenüber Debitoren einschließlich Bankguthaben 8 927 953 M., Wertpapiere und Beteiligung 2 913 345 M. und Bestände 4 394 684 M.

Moritz Frescher Nachf. A.-G. in Leutzsch bei Leipzig. Dem Geschäftsbericht zufolge stieg das Betriebsergebnis auf 2 613 350 M., demgegenüber erhöhten sich die Unkosten auf 826 841 M. Nach Abschreibungen von 476 027 M. und Rückstellungen von 500 000 M. einem Vorratshaltungsfonds sowie Ueberweisung von 128 000 M. ergibt sich ein Reingewinn von 699 302 M. Hieraus soll eine Dividende von 15 v. H. sowie eine Sondervergütung von 150 M. ausgeschüttet werden. Auf neue Rechnung kommen 61 682 M. In der Bilanz werden unter anderem ausgewiesen Debitoren mit 1 391 130 M., Bankguthaben mit 418 062 M., Rohmaterialien und Fabrikate mit 1 388 858 M. und anderwärts Kreditoren mit 891 931 M. Wie der Vorstand berichtet, hat sich im verfloffenen Jahre das Auslandsgeschäft wesentlich gehoben. Die Beschäftigung der Betriebe im neuen Jahre ist gut. Es liegen Aufträge auf lange Zeit hinaus vor.

Kunstanstalt B. Groß, Akt.-Ges. in Leipzig. Der Warengewinn in 1920 erhöhte sich auf 3 164 753 M. Demgegenüber erhöhten sich die Unkosten eine Steigerung auf 2 566 480 M. Nach Abschreibungen von 31 021 M. ergibt sich ein Reingewinn von 586 523 M., woraus eine Dividende von 12 v. H. und 120 M. Bonus für die Aktie verteilt und 60 000 M. dem Erneuerungsfonds überwiesen werden sollen. Auf neue Rechnung kommen 27 524 M. Wie der Vorstand berichtet, ist das Ergebnis zu einem Teile auf vorteilhafte Bewertung älterer Bestände zurückzuführen sowie die Wiederaufnahme der Auslandsbeziehungen. Der Auftragseingang aus dem In- und Auslande im neuen Jahre sei weiter befriedigend.

Die Oberbischleichen Zellstoffwerke A.-G. in Krappitz erzielten nach 230 378 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 589 917 M., aus dem 20 v. H. Dividende verteilt wurden. In der Bilanz erscheinen Vorräte 3,86 Millionen Mark, Schuldner 0,84 Millionen Mark, Wertpapiere 0,23 Millionen Mark, Verbindlichkeiten 3,67 Millionen Mark. Nach Mitteilung in der Generalversammlung hat die leitende Besorgung der erforderlichen Chemikalien Steigerung der Produktion möglich gemacht.

Papierfabrik Krappitz A.-G. in Krappitz, D.-S. Die zum Bilh. Hartmann-Rongens gehörige Gesellschaft verteilt auf ein Kapital von 6 Millionen Mark eine Dividende von 25 v. H. Ausgewiesen wird ein Betriebsergebnis von 3 098 344 M., ein Betriebsergebnis der Rulstmühle in Kofel mit 377 954 M. und ein Immobilienvermögen aus demselben Werke mit 465 000 M. Die Abschreibungen konnten auf 212 000 M. beschränkt werden. Warenvorräte erschienen mit 6 644 511 M., Bankguthaben mit 244 939 M., Debitoren mit 10 025 240 M. gegenüber Kreditoren von 7 787 016 M. Außer gesteigerter Produktion habe die Ermöglichung von

Abrechnung der Verbandskasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Table with 2 columns: Description and Amount. Continues 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Table with 2 columns: Description and Amount. Continues 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Table with 2 columns: Description and Amount. Continues 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Table with 2 columns: Description and Amount. Continues 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Table with 2 columns: Description and Amount. Continues 'Ausgaben' (Expenses) for the year 1920.

Gr. Lender, Verbandskassierer. Die Richtigkeit vortehender Abrechnung sowie der Bücher und Staffe bestätigen: Berlin, den 27. Januar 1921. W. Garber, 2. Vorsitzender. Die Revisoren: Fr. Freudenreich, M. Böttcher, P. Jahn.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Large multi-column table showing membership statistics and financial data for various regions (Gaue) across different quarters. Columns include 'Name des Ortes', 'Männlich', 'Weiblich', 'Summe', 'Einnahmen', 'Ausgaben', 'Eingeliefert', 'Am Ende', and 'Guthaben'.

vom 4. Quartal 1920.
der Zahlstellen.

Sorten- nummer	Name des Ortes bzw. Gau	Mitgliederzahl am Quartalschluß		Summa der Einnahmen		Summa der Ausgaben einschließlich Eingeländ		Eingeländ an die Verbandskasse		Am Orte behalten fürs nächste Quartal		Guthaben fürs nächste Quartal	
		männl.	weibl.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.
90	Essen	198	123	6964	85	6084	76	5500	—	5196	99	—	—
91	Selsenkirchen	11	—	358	50	467	10	400	—	210	—	—	—
92	Summersbach-Ründeroth	65	63	2896	05	8032	70	2807	—	49	08	—	—
93	Dagen	39	13	1422	10	1499	60	1381	10	717	60	—	—
94	Verlohn	8	148	1378	85	1188	36	1100	—	991	56	—	—
95	Stobien	35	91	2402	15	2492	99	2326	81	2234	88	—	—
96	Köln a. Rh.	262	500	13301	45	11700	88	8625	30	7059	64	—	—
97	Krefeld	116	198	5688	05	6713	81	6000	—	913	18	—	—
98	Vödenheim**	17	—	873	—	443	60	400	—	429	40	—	—
99	Rühlheim a. d. Ruhr	18	9	665	80	529	21	500	—	715	87	—	—
100	W. Gladbach	53	25	1672	25	1094	90	1000	—	1251	98	—	—
101	Rünster	9	7	408	10	270	20	349	—	385	90	—	—
102	Rehm a. d. Ruhr	85	12	1253	20	964	19	900	—	871	45	—	—
103	Reuwig	46	108	3051	70	2898	91	2784	01	936	80	—	—
104	Obilg	14	25	707	75	361	80	300	—	519	16	—	—
105	Hemscheid	19	86	1159	40	1101	39	1060	—	851	51	—	—
106	Colingen-Wald	27	60	1748	70	2154	26	1850	—	8155	23	—	—
107	Berjen	26	71	1808	80	2201	33	2020	50	528	37	—	—
108	Besel	18	4	689	90	635	19	600	—	129	70	—	—
109	Biesdorf	37	74	2448	50	1240	92	991	30	1485	17	—	—
110	Gau 11/13 Einzelm.	42	50	2580	20	4152	42	3500	—	1776	55	—	—
111	Darmstadt	75	308	5647	30	5943	30	4500	—	2151	71	—	—
112	Herbst	24	174	8411	20	3360	14	3000	—	2647	82	—	—
113	Frankfurt a. M. - Offenbach	470	1000	81207	55	25486	76	10800	—	22845	49	—	—
114	Rulda	16	10	610	10	338	66	303	30	274	74	—	—
115	Gleichen-Wehlar	31	—	1107	—	733	70	625	50	997	—	—	—
116	Grünstadt	44	38	2049	40	2029	90	1900	—	1014	69	—	—
117	Sonau	133	201	7701	90	10113	45	9283	15	6843	52	—	—
118	Seibelberg	52	19	1874	90	2399	97	2097	80	1072	73	—	—
119	Kaiserlautern	17	61	1420	80	1115	—	1000	—	1203	08	—	—
120	Handel	46	13	1654	10	1654	10	1662	80	—	—	—	—
121	Kirchheimbolanden**	36	10	904	85	1139	90	—	—	1195	65	—	—
122	Limburg	9	11	449	10	298	20	274	—	150	90	—	—
123	Wain	61	151	3775	30	3395	95	2700	—	434	97	—	—
124	Wannheim-Ludwigsbafen	142	164	6992	80	6598	91	5000	—	7702	60	—	—
125	Warburg**	12	11	1125	40	586	45	463	—	538	95	—	—
126	Neustadt-Doardt	22	—	731	30	827	70	282	50	886	09	—	—
127	Birmensfeld***	5	5	992	10	77	40	—	—	914	70	—	—
128	Caarbrüden	50	20	1853	50	1260	20	1000	—	3413	92	—	—
129	Carlouis	17	—	653	70	841	15	808	25	620	80	—	—
130	Erier	23	21	985	60	928	91	427	01	783	70	—	—
131	Wiesbaden	53	44	2566	20	1792	35	1500	—	1581	13	—	—
132	Gau 12 Einzelmitgl.	291	620	13247	70	13672	87	6700	42	6275	25	—	—
133	Attenburg S. M.	20	24	1007	70	1007	70	882	90	—	—	—	—
134	Winnaberg-Buchholz	1115	639	81682	54	24396	20	16032	50	11439	64	—	—
135	Rue l. Erggeb.	34	121	2682	70	2372	95	1400	—	830	05	—	—
136	Burgstädt	58	60	2389	90	404	95	—	—	2728	65	—	—
137	Ghemmitz	303	855	22201	—	19318	22	11452	55	—	574	23	—
138	Chrimmitschau	18	164	3005	90	3800	79	3500	—	421	66	—	—
139	Dresden	909	4812	94620	40	104836	96	70000	—	13861	01	—	—
140	Ebersbach-Neugersdorf	24	25	1079	60	1147	55	500	—	539	70	—	—
141	Freiberg l. Sa.	18	14	519	40	639	30	600	—	496	14	—	—
142	Mausan	29	31	1451	05	1274	20	917	10	1096	74	—	—
143	Göhring S. M.	31	28	1512	60	1512	60	1395	40	—	—	—	—
144	Ornina	54	241	5062	—	6129	90	5600	—	3077	01	—	—
145	Ornina	11	60	1809	—	101	30	—	—	1262	25	—	—
146	Leipzig	8054	5761	147972	60	166365	70	80477	60	—	1261	29	—
147	Limbach	145	254	4862	60	3485	04	657	21	1933	77	—	—
148	Reichen	27	73	1833	—	1344	90	1000	—	982	56	—	—
149	Reichau	24	78	1810	—	1961	95	1800	—	1542	95	—	—
150	Oberwiesenthal	43	67	1093	20	920	37	550	—	374	71	—	—
151	Blaichen	188	183	5019	40	4186	80	1800	—	2173	37	—	—
152	Reichau	18	11	414	—	40	38	—	—	469	02	—	—
153	Schmödn	3	78	1211	50	1086	40	900	—	257	50	—	—
154	Cebulitz	11	—	266	—	13	10	—	—	494	04	—	—
155	Celkenndorf	5	94	1499	80	984	90	893	30	1448	35	—	—
156	Werdau l. Sa.	7	19	515	70	76	10	—	—	439	60	—	—
157	Burgen	65	415	7500	15	6641	10	5800	—	766	54	—	—
158	Hiltau	26	23	1334	70	1269	13	1000	93	419	60	—	—
159	Hiltau	46	176	3953	60	4493	40	4000	—	1290	85	—	—
160	Gau 14/15 Einzelm.	116	299	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
161	Freiburg l. Br.	57	67	2685	65	3164	50	2800	—	1448	80	—	—
162	Göppingen	191	274	9064	65	6482	94	5500	—	11853	64	—	—
163	Heilbronn	426	542	18098	25	19324	15	11000	—	3390	52	—	—
164	Karlshöhe	137	443	10916	10	13114	05	12013	—	2226	46	—	—
165	Kirchheim-Teck	91	258	3638	60	2295	56	2000	60	3825	20	—	—
166	Konstanz	40	84	2394	—	2120	80	1496	—	1770	30	—	—
167	Kabr	378	779	27664	85	25795	23	18000	—	—	434	13	—
168	Worshelm	267	206	11050	40	10640	60	9000	—	472	20	—	—
169	Heutlingen	131	155	4126	05	4462	69	1000	—	861	81	—	—
170	Stuttgart	1150	1811	52126	60	37291	15	10500	—	11189	66	—	—
171	Trossingen	219	692	41277	55	39465	—	4000	—	9344	52	—	—
172	Ulm	18	88	1092	60	675	60	457	60	762	62	—	—
173	Gau 16 Einzelmitgl.	39	18	1403	80	1159	71	1000	—	961	09	—	—
174	Bayreuth	6	14	458	60	61	51	—	—	890	74	—	—
175	Erlangen	140	196	4671	30	5600	40	4000	—	2145	74	—	—
176	Hörnberg-Hardt	412	2157	38255	95	39517	21	12500	—	5360	16	—	—
177	Regensburg	35	54	1931	20	1133	68	727	78	1546	85	—	—
178	Schweinfurt	10	88	721	—	956	50	—	—	189	15	—	—
179	Strasbourg	6	2	—	—	—	—	—	—	88	—	—	—
180	Würgau	69	114	3327	70	5633	50	5000	—	422	70	—	—
181	Gau 17 Einzelmitgl.	42	44	1734	20	239	61	—	—	4353	27	—	—
182	Münster	43	90	2394	60	2072	30	1200	—	1580	08	—	—
183	Königsbrunn	15	37	1040	40	1929	60	1800	—	420	44	—	—
184	München	552	1636	39439	90	49089	69	20000	—	—	9356	98	—
Summa		24308	55241	1458650	50	1398176	39	787909	50	339096	98	105755	51

Abchluß der Zahlstellen und Gaue.
Einnahmen.

Eintrittsgelder	3 262,50 RM.
Beiträge	819 064,10 "
Extrabeiträge	584 941,50 "
Sonstiges	382,40 "
Zuschuß aus der Verbandskasse	51 000,—
Summa	1 458 630,50 RM.
Am Ort behalten vom vorigen Quartal 804 806,92 "	
Guthaben der Zahlstellen für das nächste Quartal	105 755,51 "
Summa	1 869 212,93 RM.

Ausgaben.

Arbeitslosenunterstützung	101 973,— RM.
Krankenunterstützung	47 179,80 "
Invalidenunterstützung	3 627,50 "
Umzugsunterstützung	380,— "
Interfilieneunterstützung	1 967,— "
Rechtschutz	145,— "
Gemahregeltenunterstützung	8 713,75 "
Ertraunterstützung an Ausgehene	24 229,90 "
Notstandsunterstützung	1 470,— "
Für Streiks und Lohnbewegungen	101 598,17 "
Für außerordentliche Agitation	963,28 "
Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben	823 014,54 "
An die Verbandskasse eingelaufen	787 908,50 "
Summa	1 398 176,39 RM.

Guthaben der Zahlstellen vom vorigen Quartal	131 939,50 RM.
Am Ort behalten für das nächste Quartal 339 096,98 "	
Summa	1 869 212,93 RM.

Zur Abrechnung vom 4. Quartal 1920.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 31. Dezember 24 308 männliche und 55 241 weibliche, zusammen 79 549 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 30. September ist wieder ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 259 bei den männlichen und 1139 bei den weiblichen, zusammen um 1398 Mitglieder zu verzeichnen. Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

</

In sonstigen Einnahmen sind 382,40 M. zu verzeichnen. Davon entfallen 193,75 M. auf zurückgezahlte Entschädigungen an Fahrgehalt und Miete, 153,15 M. auf zurückgezahlte Unterstufungen 13,50 M. auf verlorene Marken und Mitgliedstorten und 22 M. auf Einnahmeforbariale.

Die gesamten Einnahmen der Jobstellen und Gane belaufen sich ausschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse auf 1 407 650,50 M. Die erhaltenen Zuschüsse betragen 51 000 M.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 101 973 M. und für Krankenunterstützung 47 179,80 M. Diese Summen verteilen sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt:

Table with 2 columns: Class (1-5) and Amount (M.). Subtotal: 60 814,95 M. (männl.), 85 658,05 M. (weibl.)

Table with 2 columns: Class (1-5) and Amount (M.). Subtotal: 16 924,80 M. (männl.), 30 855, - M. (weibl.)

Invalidenunterstützung kam an 30 Kollegen im Betrage von 3627,50 M. zur Auszahlung. In m zugunterstützung wurde für 8 männliche Mitglieder in Höhe von 380 M. bewilligt. Hinterbliebenenunterstützung wurde in 27 Fällen in Höhe von 1987 M. ausgezahlt. Für Rechtsschutz war in 2 Fällen der Betrag von 145 M. zu zahlen. Als Gemahregelte wurden 12 männliche und 2 weibliche Mitglieder mit zusammen 3713,75 M. unterstellt. Etraunterstützung für 75 Ausgesteuerte haben 508 männliche und 359 arbeitslose Mitglieder zusammen 24 129,90 M. bezogen. Als Kostensunterstützung ist an 15 männliche und 2 weibliche Mitglieder der Betrag von 1470 M. zur Auszahlung gelangt und an 4 aus der Gefangenschaft zurückgekehrte Kollegen wurde als

Weihnachtsunterstützung nachträglich noch 100 M. bezahlt.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden 101 598,17 M. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 423 männliche Mitglieder 36 436,55 M. und an 737 weibliche Mitglieder 33 301,50 M., zusammen 69 738,05 M. Für außerordentliche Agitation wurden 968,23 M. aufgewandt. Zur Verteilung örtlicher Ausgaben mußten 323 014,54 M. den Jobstellen und Ganen befallen werden. Der Verbandskasse wurden als Ueberchuß 787 909,50 M. zugeführt. Als Vortrag für das 1. Quartal 1921 verblieben an den einzelnen Orten 339 096,98 M., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 105 755,51 M. gegenübersteht.

Der Beschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 820 018,29 M. und an Ausgaben 466 869,67 M. auf, so daß ein Ueberchuß von 353 148,62 M. verbleibt. Der Bestand der Verbandskasse erhöhte sich damit auf 3 013 400,66 M. Die in diesem Bestand mit enthaltene Reserve für die Invalidenunterstützung haben sich um 100 927,35 M. auf 983 803,91 M. erhöht.

Fr. Gander.

Exportgeschäften wesentlich zu dem Ergebnis beigetragen. Ueber die Aussichten in Oberschlesien lassen sich zurzeit Angaben nicht machen. Das Wert ist voll beschäftigt.

Holzstoff- und Papierfabrik zu Schlemka bei Schneeberg. In der stattgefundenen Generalversammlung wurde die Verteilung einer 2prozentigen Dividende einstimmig genehmigt.

A. G. Hermann Schött in Rheydt. Die Generalversammlung genehmigte die Ausschüttung einer Dividende von 20 v. H. und eines Bonus von 20 v. H. Zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel genehmigte die Versammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 auf 6 Millionen Mark. Ueber die Aussichten teilte die Versammlung mit, daß die Beschäftigung einstmelten noch befriedigend sei.

Bremer Papier- und Wellpappenfabrik A. G. in Bremen. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 25 v. H. und 15 v. H. Bonus für das Geschäftsjahr 1920 vorzuschlagen.

Schreibwarenfabrik Jucker u. Cie. A. G. Erlangen (Bayern). Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von 20 v. H. vor.

München-Dachauer A. G. für Maschinenpapierfabrikation in München. Der Abschluß für 1920 ergibt nach jahungsgemäher Abschreibung von 642 950 M. einschließlich 42 407 M. Vortrag einen Jahresgewinn von 1 914 343 M. zu folgender Verwendung: Dividende 18 v. H., weitere Abschreibungen 317 425 M., Rückstellung für unerlässliche Erneuerungen 500 000 M., ferner 30 000 M. Mark dem Erneuerungsfonds für Aufforstung, 60 000 M. Mark der Spezialreserve, 128 693 M. den Wohlfahrtsanstalten, 50 000 M. Dotierung des Verkaufsbereitschaften, Lantime 56 000 M., Vortrag 52 224 M. Die im Sommer 1920 erheblich herabgefallenen Papierpreise ließen trotz der durch die Aktienkapitalerhöhung dem Betriebe zugeflossenen Mittel nur ein entsprechend niedrigeres Ergebnis gegenüber dem Vorjahr erwarten, reichliche Auftragsaufträge mit guten Preisen trugen jedoch zur Besserung des Gewinnes bei.

Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. Der erzielte Reingewinn für 1919/20 beträgt 632 471,76 M. Hieron gebührt den Aktionären ein Gewinnanteil von 4 v. H. des Aktienkapitals von 5 Millionen Mark gleich 200 000 M. Vom Reste mit 632 471,76 M. kommt den Mitgliedern des Aufsichtsrats die jahungsmäßige Vergütung von 10 v. H., den Mitgliedern des Vorstandes die ihnen zustehende vertragliche Vergütung im Gesamtbetrage von 128 494,35 M. zu. Zur Verfügung der Generalversammlung stehen daher 505 977,41 M., wozu noch der Vortrag vom Vorjahr kommt mit 117 105,51 M., zusammen 623 082,92 M. Der Generalversammlung wurde vorgeschlagen: den Aktionären einen weiteren Gewinnanteil von 8 Proz. gleich 300 000 M., der Rücklage für Altersunterstützungen und Ruhegehälter 100 000 M., der Hausunterstützungskasse 100 000 M. zuzuwenden und den verbleibenden Rest mit 129 082,72 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke Aktiengesellschaft in Scholwin bei Steittin. Der Jahresabschluß weist nach Abschreibungen von 2 177 954 M. einen Reingewinn von 6 142 594 M. auf. Der auf den 15. April 1921 einzuberufenden Generalversammlung soll die Verteilung von 8 v. H. auf 2 000 000 M. Vorkzugsaktien und 20 v. H. auf 25 000 000 M. Stammaktien vorgeschlagen werden. Ferner wird beabsichtigt, 10 000 000 M. neue Vorkzugsaktien mit 25 v. H. Einzahlung auszugeben.

Wir meinen, daß die vorstehende kleine Aulse zeigt, wo die Kreise zu finden sind, die jetzt im Golde schwimmen. Solange noch offene Kapitalerträge von 50 und 60 v. H., ohne die versteckten und damit verschwindenden Summen, aus der Arbeiterschaft herausgesprengt werden, kann an einen Lohnabbau nicht gedacht werden. Erst bringe man den Arbeiter auf und über das notwendige Existenzminimum durch Preisabbau auf Kosten des Betriebsgewinnes, ehe man von einem Lohnabbau auch nur redet.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

hielt seine 12. Sitzung am 22. und 23. März ab. Sie wurde vom neuen Bundesvorsitzenden Seipart mit einem warmen Nachruf an den früheren Vorsitzenden Legien eröffnet. Ferner gab Seipart seinen guten Willen kund, das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen zu rechtfertigen. Die Verantwortung, die der Vorstand und Ausschuß gemeinsam zu tragen haben, sei eine große, da unter dem Druck der Kriegsfolgen die Arbeiterschaft am schwersten leidet. Die größte Sorge, die uns am Herzen liegt, sei die Not der Arbeitlosen. Es genüge jedoch nicht das warme Mitgefühl, sondern es sei der geschlossene Wille erforderlich, die besten Kräfte daranzusetzen, den Arbeitlosen zu helfen. Wie so vieles andere, würden die Maßnahmen des Bundes durch das Vorgehen der feindlichen Länder zum größten Teile durchkreuzt. In einer der Londoner Konferenz unterbreiteten Denkschrift habe der Bundesvorstand die Lage der deutschen Arbeiter geschildert, den guten Willen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betont und auf die Gefahren des Vorgehens der Entente auch für die Arbeiter aller übrigen Länder hingewiesen. Nichtsdestoweniger hätten die feindlichen Regierungen ihre Absichten durchgeführt und weiteres Gebiet im Westen besetzt. Wiederholt seien Anfragen aus dem besetzten Gebiet an den Vorstand gekommen, was zu tun sei. Der Vorstand habe vor nutzlosen Demonstrationen gewarnt und empfohlen, sich von nationalistischen Bestrebungen fernzuhalten. Ferner habe der Vorstand sich stets mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung gehalten und von ihm eine Einflußnahme verlangt. Auch dieser werde seine Bemühungen fortsetzen. Einwillen müßten wir jedoch die Folgen der "Sanktionen" tragen, die sich für die Arbeiterschaft in Vermehrung der Arbeitslosigkeit zeigen würden. Anerkennende Worte widmete Genosse Seipart den Gewerkschaftsgenossen in Oberschlesien, denen auch der Bund seine Freude und seinen Dank aussprechen müsse. Vor den Schwierigkeiten der Aufgaben in der Zukunft dürften wir nicht zurücktreten. Diese seien nicht mit Pessimismus, sondern nur mit Optimismus zu lösen.

Der Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1920 lag gedruckt vor. Der Kassierer Rube berichtete über die im Auftrage einer früheren Ausschüßsitzung unternommenen Bemühungen, dem Bundesvorstand eine bessere Bewirtschaftung zu verschaffen. Da diese im Berliner Gewerkschaftsbau nicht möglich ist, bliebe nur die Erwerbung eines eigenen Hauses übrig. Dazu seien aber größere Geldmittel erforderlich, zu deren Aufbringung sich die Gewerkschaften schon früher bereit erklärt hatten. Der Bundesvorstand schlug vor, daß sämtliche Gewerkschaften zu diesem Zwecke für jedes ihrer Mitglieder 50 Pf. an die Bundeskasse abführen. Es folgte eine längere Aussprache, in der das Für und Wider ausgiebig erörtert wurde. Schließlich wurde der Antrag des Bundesvorstandes gegen drei Stimmen angenommen.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung betraf das demnächst zu erwartende Gesetz über die

Regelung der Arbeitszeit. Dazu berichtete Quiff über eine im Reichsarbeitsministerium abgehaltene Sitzung, in der der Reichsarbeitsminister Brauns seine Ansichten darüber entwickelt hat, wie die Produktivität der Arbeit gehoben werden könnte. Dabei sei ebenfalls davon die Rede gewesen, ob auch die Zeit der Arbeitsbereitschaft in verschiedenen Berufen stets als Arbeitszeit mitzurechnen sei. Da ferner in nächster Zeit die Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Regelung der Arbeitszeit zu erwarten sei, hätten die Gewerkschaften Ursache, dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Auch hierauf folgte eine sehr lange Aussprache, an der sich hauptsächlich die Vertreter solcher Gewerkschaften beteiligten, für deren Mitglieder die Frage der Arbeitsbereitschaft besonders wichtig ist. Allgemein wurde das Festhalten am Achtstundentag gefordert und ferner der Bundesvorstand ersucht, dafür zu sorgen, daß zu den Vorberatungen über den Gesetzesentwurf stets die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Die kommunistische Streikbewegung in Mitteldeutschland veranlaßte den Bundesvorstand zu folgender Entschlußung:

Die Streikbewegung im mitteldeutschen Industrie- und Grubengebiet, die von kommunistischer Seite zu politischen Zwecken vom Zaune gebrochen ist, und die man jetzt zu einem Generalfreistrit der Gesamtarbeiterschaft ausdehnen bemüht ist, bedeutet eine schwere Gefährdung für die deutsche Wirtschaft, unter der die Arbeiterschaft selbst in hohem Maße leiden muß.

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nichts zu tun hat mit gewerkschaftlichen Bestrebungen, sondern einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen.

Die Gewerkschaftsleitungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen und sie können angesichts der gegenwärtigen Generalfreistritbewegung diese Mahnung nur auf das dringendste erneuern. An den gewerkschaftlichen Organisationen darf diese Streikbewegung keinerlei Anhalt finden.

In betreff der organisatorischen Beziehungen zum Afa-Bund und zum deutschen Beamtenbund wurde nach längerer Aussprache folgende Entschlußung angenommen:

I.

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt von den Verhandlungen des Bundesvorstandes mit dem Vorstand des Afa-Bundes Kenntnis und gibt dem Ergebnis dieser Verhandlungen seine Zustimmung.

Der DGBB und der Afa-Bund behalten hier nach beide ihre Selbständigkeit, verpflichten sich aber zu einem jahungsgemäßen Zusammenwirken in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam berühren. In Fragen, die nur die Interessen der einen Gruppe berühren, aber auch diejenigen der anderen beeinflussen könnten, soll zunächst jede Gruppe auf die andere Rücksicht üben.

Grundsätzlich wird anerkannt, daß der DGBB, die Arbeiter und der Afa-Bund die Angestellten gewerkschaftlich organisieren soll. Ueber notwendige Abwechslungen von diesem Grundfaß werden die beiderseitigen Vorstände sich untereinander und mit den beteiligten Verbänden verständigen, wobei geschichtlich und organisatorisch begründete Eigentüm-

sichten berücksichtigt werden sollen. Streitigkeiten, die nicht durch Verständigung beigelegt werden können, sind von Fall zu Fall durch gemeinsame Schiedsgerichte zu entscheiden.

Das Zusammenwirken des ADGB und des Afa-Bundes erfolgt jeweils durch gemeinsame Tagungen von Delegationen der beiderseitigen Bundesvorstände. Zur Erleichterung des Zusammenwirkens beschließen ADGB und Afa-Bund außerdem jede Sitzung ihrer Bundesvorstände und Bundesausschüsse gegenseitig durch einen oder mehrere Vertreter mit beratender Stimme. Bei wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse können auch die beiderseitigen Bundesausschüsse zu gemeinsamer Beratung zusammentreten. Für das Stimmrecht bei Beschlüssen in den gemeinsamen Tagungen sind entsprechende Regeln aufzustellen.

In gleicher Weise haben die Ortsausschüsse des ADGB mit den Ortsstellen des Afa-Bundes, die beiderseitigen Bezirks- oder Landesorganisationen sowie insbesondere auch die gleichartigen Fach- und Industriegruppen ständig zusammenzuwirken.

Der Ausschuss des ADGB stimmt der Aufnahme des Afa-Bundes in den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) zu unter der Voraussetzung, daß der letztere geltende Grundlag, wonach in jedem Lande nur eine Landeszentrale des IGB bestehen darf, aufrechterhalten bleibt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, über die Form des Anschlusses des Afa-Bundes an den IGB die nötige Verständigung herbeizuführen.

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, auf vorstehender Grundlage eine bindende Abmachung mit dem Afa-Bund schon jetzt zu treffen und gleichzeitig beauftragt, eine diesen Beschlüssen entsprechende Ergänzung der Bundesstatuten so rechtzeitig vorzubereiten, daß die diesbezüglichen Anträge dem nächsten Kongress zur Sanktion unterbreitet werden können. Hierbei wird vorausgesetzt, daß der Afa-Bund auch seine Satzungen hiermit in Übereinstimmung bringt.

II.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund über eine Klarstellung seines Standpunktes gegenüber den Organisationen der Arbeiter und Angestellten fortzusetzen und mit tatsächlicher Beschleunigung zum Abschluß zu bringen.

Auf ein schriftliches Abkommen, das die Gewerkschaften und die fortschrittlich gerichteten Beamtenkreise und Beamtenorganisationen befreunden kann, ist hierbei zu bestehen. Sollte ein solches Abkommen nicht zustande kommen, so behält der Bundesausschuss sich die weitere Beschlußfassung für seine nächste Sitzung vor.

Eine Sache, die auch vielen Gewerkschaftsgenossen am Herzen liegt, ist die Ansiedlung überschüssiger Industriearbeiter auf dem Lande, die der Ausschuss ebenfalls als besonderen Punkt der Tagesordnung behandelte. Schmidt vom Landarbeiterverband leitete die Aussprache durch ein Referat ein, worin er davor warnte, auf diese Sache übertriebene Hoffnungen zu setzen. Für ländliche Siedlungen sei der beste Boden gerade gut genug, und dieser sei in der Regel dafür nicht zu haben. Wohl könne man dafür eintreten, daß in der Umgegend von Großstädten für Industriearbeiter kleine Siedlungen errichtet werden. Man solle sich aber keine Hoffnungen machen über Siedlungen auf Deh- und Moorland. Redner warnte vor Kolonialgedanken, die auf diesem Gebiete arbeiten wollten. Ferner wandte er sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unter anderem auch gegen die kommunistische Behauptung, daß die Landarbeiter die landwirtschaftliche Produktion kontrollieren könnten. Die Landarbeiter müßten erst zur Solidarität erzogen werden.

In der Aussprache wandten sich mehrere Redner gegen die Kleingartenbewegung und gegen die Zerstückelung großer Güter zu Zwergbetrieben. Im allgemeinen nahm der Ausschuss jedoch eine wohlwollende Stellung zum Siedlungsgedanken ein.

Eine bitter ernste Frage ist die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge, die ebenfalls als besonderer Punkt auf der Tagesordnung stand. Cohen entrollte ein erschütterndes Bild von der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Schwere der Abhilfe. Es bleibe kein anderes Mittel als die Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend den Forderungen des ADGB. Es ist schon versucht worden, die Unternehmer zu veranlassen, dieser Forderung freiwillig nachzukommen. Diese Versuche sind jedoch ergebnislos verlaufen. Man müsse nun versuchen, die Durchführung auf dem Verordnungswege zu erzwingen, vielleicht mit Hilfe des Reichstags.

Die Aussprache war verhältnismäßig kurz, nicht weil über die Frage der Arbeitslosigkeit nicht noch viel zu sagen gewesen wäre, sondern weil es sich in diesem Fall nur darum handeln konnte, welche Maßnahmen zunächst zu ergreifen sind, um den Arbeitslosen wirklich zu helfen. Wiederholt wurde

betont, daß weder von den Freunden noch von den Gegnern des ADGB bessere Mittel zur Linderung der Arbeitslosennot angegeben werden konnten. Zur Durchsetzung dieser Forderungen ist aber auch die Solidarität der in Arbeit stehenden notwendig, wenn nicht die Gefährten schweren Schaden leiden soll. Es gelte die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, damit sie dieses zeitweilige Opfer auf sich nehme. Der Kampf um die Durchführung der zehn Forderungen dürfe jedoch nicht nur den Gewerkschaftsführern überlassen bleiben, sondern die Arbeiterschaft müsse sich selber daran beteiligen, soweit der einzelne dabei in Frage kommt. Der Ausschuss erklärte sich mit den zehn Forderungen des Bundesvorstandes einverstanden und nahm außerdem noch folgenden Antrag an:

Sollte durch das Inkrafttreten der Londoner Beschlüsse, wonach von deutschen Ausfuhrwaren 50 v. H. des Wertes von den Ententeländern erhoben werden, eine noch weitere Verstärkung der Arbeitslosigkeit eintreten, so wird der Bundesvorstand beauftragt, sofort zu der neuen Situation Stellung zu nehmen und entsprechende Maßnahmen über die bereits gemachten Vorschläge hinaus vorzuschlagen.

Ferner stand auf der Tagesordnung noch die Lösung des Anstufungsverhältnisses des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (Geisler Verband) zum ADGB. Dieser hat sich bekanntlich entgegen dem Versprechen seines Vorstandes der Einheitsorganisation im Gastwirtsgerberie nicht angeschlossen. Der Bundesvorstand des ADGB teilte eine Rundgebung vom Vorstand des genannten Bundes mit, wonach für diesen die Sache erledigt sei. Es ist bekannt geworden, daß der Bund zu den Christlichen übergegangen ist. Als freigewerkschaftliche Organisation im Gastwirtsgerberie kommt also nur der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in Betracht.

Von der Verwaltung des Leipziger Volkshauses lag ein Gesuch um Zumenndung von Darlehen zum Wiederaufbau vor. Es wurde den einzelnen Verbänden anbeigelegt, sich daran zu beteiligen.

Zu dem im November 1921 in Paris stattfindenden nächsten Internationalen Gewerkschaftskongress sollen die Verbände Anträge bis Anfang Mai an den Bundesvorstand einreichen.

Zum Schluß wurden die Gewerkschaften, die Teilnehmer zu den Kursen in Frankfurt a. M. entsenden, aufgefordert, sich im Anschluß an die Sitzung des Bundesausschusses über möglichst einheitliche Entschädigungssätze für die Teilnehmer an den Kursen zu verständigen.

Der Ausschuss der Volksabstimmung in Oberschlesien veranlaßte den Ausschuss zu folgender Entschädigung:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Ausschuss der Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Beweis, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Industriegebietes selbst von der Notwendigkeit des Verbleibens im Deutschen Reich überzeugt ist.

Der Bundesausschuss spricht die Erwartung aus, daß der Mehrheitswille der dortigen Bevölkerung auch von den alliierten Mächten respektiert wird und Oberschlesien ungeeilt bei Deutschland verbleibt. Jede Zerstückelung Oberschlesiens würde nicht nur Deutschland in seinem Wiederaufbau und in der Erfüllung seiner im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen aufs schwerste hemmen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der dortigen, von Deutschland abgetrennten Gebiete gefährden und die sozialpolitischen Errungenschaften der betroffenen Arbeitnehmer vernichten.

Der Bundesausschuss nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den auch nach der Abstimmung fortgesetzten polnischen Terrorhandlungen gegen deutsche Gewerkschaftler, die sich vergebens um ausreichenden Schutz an die interalliierte Kommission gewandt haben und nunmehr in einem öffentlichen Aufruf an die gesamte Bevölkerung appellieren müssen. Der Bundesausschuss versichert die Gewerkschaften Oberschlesiens seiner tatkräftigen Hilfe und wird alle geeigneten Schritte unternehmen, um den bedrohten Brüdern den erforderlichen Schutz zu sichern.

Eine Grenzfreitigkeit zwischen den Verbänden der Angestellten und der Transportarbeiter wurde wegen der vorgeordneten Zeit im Einverständnis mit den beiden beteiligten Verbänden vertagt.

Berichte.

Annaberg. Am 18. März fand in Buchholz eine Branchenversammlung der Eis-, Kartonnagen- und Prägereiarbeiter statt, in der unter Vorwissen der Hauzeisen vor über 1000 Kollegen und Kolleginnen referieren konnte. Hauzeisen streifte kurz die politische Lage, in der wir uns augenblicklich befinden und

behandelte dann den neuen Reichstarif der Kartonnagen. In seinen Ausführungen ging er auf die Schwierigkeiten der Eisenarbei Verhandlungen ein und zog verschiedene Vergleiche der bestehenden und kommenden Bestimmungen im Tarif. Aus den Ausführungen konnte man ersehen, daß sich die Unterhändler in Einnach sehr große Mühe gegeben haben, um der Arbeiterschaft den Reichstarif einigermaßen annehmbar zu machen.

Eine lebhafte Diskussion setzte ein, wobei das Verhalten der Unternehmer zum Reichstarif scharf kritisiert wurde. Im Schlußwort beantwortete Hauzeisen die geäußerte Kritik und forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, treu zur Organisation zu halten. Geschlossen sind wir alles, aber vereinzelt sind wir nichts. Starker Beifall wurde ihm gezollt. Brummt ermahnte die Versammelten, daß sich jeder einen Tarif kaufen sollte, um zu wissen, was er für Ansprüche durch den Tarif habe. Er wies dann noch auf die Betriebsratswahlen hin, zu denen die besten Kräfte der Betriebe in Anspruch zu nehmen sind.

Belegtes Gebiet. Am 1. April fanden in Köln die Verhandlungen mit dem Deutschen Buchdrucker-verein, Kreis II, statt, betreffend Besetzungs- oder Industriezulagen. Die Verhandlungen sind ergebnislos geblieben, sie mußten um 14 Tage vertagt werden, bis die Verhandlungen mit den Buchdruckergehilfen über dieselbe Frage erledigt sind. Die Arbeitgebervertreter boten 85 Proz. der Industriezulagen, welche den Buchdruckern gewährt werden. Es soll damit zum Ausdruck kommen, daß eine gewisse Spanne zwischen den Löhnen der Buchdrucker und denen der Buchbinder gewahrt bleiben soll. Dieses Anstehen mußten unsere Vertreter schon aus prinzipiellen Gründen ablehnen, damit nicht ein Präzedenzfall geschaffen wird, auf den man bei künftigen Tarifberatungen immer wieder hinweisen würde. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Buchbinder gelernter Leute sind wie die Buchdrucker. Die Prinzipalvertreter erklärten, nicht berechtigt zu sein, über das Gebotene hinauszugehen, sondern erst ihre Mitglieder befragen zu müssen. Am 15. April wird die Besetzungs- bzw. Industriezulage der Buchdrucker erneut beraten werden. Im Anschluß daran soll dann die Frage für die Buchdruckerlehrlinge erledigt werden.

Königsberg. Am 17. März fand hier eine außerordentliche Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Satzgewski. Er erwähnte, daß die Lohnbewegungen sich einander fast verbindend gefolgt sind und daß unsere Löhne sich mehr als verdoppelt haben. Daburch sei aber unsere Lebenshaltung keineswegs günstiger gestaltet. Die Verhandlungen waren besonders schwer. Dem gut ausgelassenen Streik der Tüchtler bei Hiller folgte im Januar der Streik der Buchbinderarbeiterschaft in den Buchdruckereien. Einen feinerzeit sichtbaren Erfolg hatte diese Bewegung zwar nicht, doch einen Achtungserfolg, dessen gute Seiten bei der Einführung des Reichstarifs hierorts sich gezeigt haben. Aus der organisatorischen Tätigkeit hervorzugehen ist im November vorigen Jahres abgehaltene Goutkonferenz, deren Hauptaufgabe es mit war, die durch die feinerzeit beschäftigte Bauerteilung geschaffene Lage zu besprechen. Es wurde dort eine Protestresolution gefaßt. Obwohl der Osten dem Verbandsvorstand sehr wenig Mühe macht und finanziell so geringe Ansprüche erhebt, vielmehr für die Verbandskasse eine gute Einnahmequelle ist, fand der Verbandsvorstand sich nicht bereit, die Kosten unseres Streiks zu tragen, welcher uns eine ansehnliche Schuldenlast aufgebürdet hat. Zwar ist der Verbandsvorstand statutarisch nicht dazu verpflichtet, aber es wäre eine humanere Haltung angebracht gewesen. Diese ganze unerquickliche Lage mag mit dazu beigetragen haben, daß der gesamte Vorstand sein Amt niederlegte. Auch von den Anwesenden wollte niemand einen Posten, besonders den des ersten Vorsitzenden, annehmen. Es blieb nur der Ausweg, daß die Mitglieder sich dem Bau anschließen. Aus der Mitte der Versammlung kam der Gedanke, der alte Vorstand möge seine Tätigkeit bis zum 1. April, dem Inkrafttreten der neuen Bauerteilung, ausüben und alsdann dem neuen Gaulteiler die Zustelleneitung zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag fand keine Anhänger. Es fanden sich auch keine Kandidaten für einen neuen provisorischen Vorstand bis zum genannten Zeitpunkt. Die Versammlung hätte abgebrochen werden müssen, wenn sich Kollege Satzgewski nicht doch bereitgefunden hätte, bis zum 1. April die Geschäfte des ersten Vorsitzenden weiterzuführen. Um die Form zu wahren und zur Bildung eines provisorischen Vorstandes bis zu diesem Zeitpunkt wurden neugewählt als zweiter Vorsitzender Kleinfeld, als Schriftführer Witzke. Die Beisitzer blieben vakant. Als Revisoren wurden Kollege Thiel wieder- und Kollege Hauptmann neugewählt. Der Vorsitzende bereitete die Versammlung auf eine Vorlage betreffs Erhöhung der Lokalbeiträge zwecks Tilgung unserer Schulden vor.

Zum Schluß wurde die Bezahlung des Karfreitags besprochen. Bei einigen Arbeitgebern herrscht die An-

licht, daß der Karfreitag nicht bezahlt werden braucht. Da der Reichsstarik aber vorsteht, daß ersüßliche bessere Verhältnisse bestehen bleiben sollen, so wird im Weigerungsfalle das Tariffchiedsgericht angerufen werden.

Pforzheim. Am 18. März fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Den Geschäftsbericht gab Mann. Daraus war zu ersehen, daß die Zahlstelle ein arbeitsreiches Jahr hinter sich hat. Gestorben sind im Laufe des Jahres Kollege Erhardt und Kollegin Schwarz. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 475. Den Kassenbericht gab Rathfelder, und zwar in gewohnter muster-gültiger Weise. Anträge lagen keine vor. Bei der nun folgenden Wahl wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Mann, als 2. Vorsitzender Beck, als Kassierer Rathfelder, als Schriftführer Bürgel, als Beisitzer Urgast und Schmidt, als Revisoren Bühler und Schmeller jr., als Vertrauensmann der Stutsarbeiter Dietrich, als Kartelldelegierter Dietrich und Rathfelder. Dann gab Mann bekannt, daß in den nächsten Versammlungen der neue Tarif durchgesprochen werde und ersuchte um regen Besuch derselben. Auch ersuchte er die Mitglieder, daß sich jedes einen Tarif beilegen möchte, damit sie leberzeit in der Lage seien, sich mit dem Inhalt vertraut zu machen, wodurch viele Unannehmlichkeiten vermieden würden. Dann wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen.

Stuttgart. In der am 21. März stattgefundenen Brancherversammlung der Kontobuchhalter berichtete Koch über die in Leipzig abgehaltene Kontobucharbeiterkonferenz. In chronologischer Reihenfolge brachte er die Verhandlungen der einzelnen Kommissionen mit ihren Anträgen zum Vortrag, deren Resultat dahin zusammenzufassen ist, daß die Konferenz eine dringende Notwendigkeit war, auf der sich die Vertreter der einzelnen Orte aussprechen und ihre Verhältnisse am Ort richtig austauschen konnten. Ebenso deutlich zeigte es sich, wie schwer es ist, für die Branche etwas Einheitliches zu schaffen, doch soll nichts unverlucht gelassen werden, den gegebenen Anregungen nachzukommen. In der Diskussion kam auch allgemein zum Ausdruck, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen alles verlucht werden müßte, den berechtigten Forderungen der Kontobuchhalter Rechnung zu tragen. Dabei sollen aber auch innerhalb der Kollegenschaft alle trennenden Fragen beiseitegelassen werden, um in geschlossener Einigkeit die gestellten Forderungen zu vertreten.

Rundschau.

Die Frauen im Preussischen Landtag. Unter den 414 Abgeordneten des neuen Preussischen Landtags zählt man insgesamt 36 Frauen. Der vorherige Landtag, der im Januar 1919 gewählt war, zählte nur 20 Frauen als Abgeordnete. Von den 36 Frauen entsendet die SPD. 12 bei 114 Mandaten, die USPD. 3 bei 30 Mandaten, die USPD. 3 bei 28 Mandaten, das Zentrum 8 bei 84 Mandaten, die Demokraten 1 bei 25 Mandaten, die Deutsche Volkspartei 5 bei 58 Mandaten und die Deutschnationale Volkspartei 4 bei 74 Mandaten.

Gewerkschaftsbewegung im fernem Osten. In Japan gibt es ungefähr 100 Gewerkschaften mit einer eine halbe Million übersteigenden Mitgliederzahl. Diese Zahl erhöht sich fortwährend. Es werden heftige Lohnkämpfe geführt. In der nächsten Sitzungsperiode wird dem japanischen Parlament ein Gesetzentwurf bezüglich der Gewerkschaften unterbreitet werden. Dieser ist ähnlich dem englischen Gesetze von 1870 über die Trade-Union (Gewerkschaften).

In Indien wurde der erste Kongress der vereinigten indischen Gewerkschaften mit Teilnahme der Vertreter der englischen Arbeiterpartei im Herbst des Jahres 1920 abgehalten. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse des indischen Arbeiters sind empörend; einem amerikanischen Blatt zufolge — wofür wir die Verantwortung natürlich nicht übernehmen — beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen eines indischen Arbeiters nicht mehr wie zehn Dollar!

Abrechnung

vom **Streik Buchdruckererei Grebe, Berlin.**

Einnahmen:	
Zentralkasse	5325,— Ml.
Kolalkasse	3072,— "
Summa 8397,40 Ml.	
Ausgaben:	
Zentralkasse	Kolalkasse
5 verheiratete Arbeiter	2537,— Ml. 1610,— Ml.
1 lediger	430,— " 322,— "
12 Arbeiterinnen	2229,— " 1140,— "
4 Kinder	120,— " — "
Summa 5325,— Ml. 3072,— Ml.	

Streik Kartonbranche, Berlin.

Einnahme:	
Zentralkasse	66948,80 Ml.
Ausgaben:	
159 verheiratete Arbeiter	11892,80 Ml.
100 ledige	5548,80 "
1421 Arbeiterinnen	48748,80 "
280 Kinder	760,80 "
Summa 66948,80 Ml.	

Franz Dytomba, Kassierer.

Die Revisoren

Minna Dörger, Paul Jenner, Paul Wittig.

Sterbetafel.

Im März sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Annaberg.** Albin Götrich, Kartonnagenarbeiter, 41 Jahre, Tuberkulose.
- Häfersteden.** Hugo Langlopf, Buchbinder, 40 Jahre, Magenoperation.
- Berlin.** Alwin Jabn, Buchbinder, 44 Jahre, Herzleiden.
- Hermann Hiller, Buchbinder, 56 J., Herzschlag.
- Max Kirschhof, Buchbinder, 45 Jahre, Selbstmord.
- Richard Bauer, Buchbinder, 26 Jahre, Lungenleiden.
- Auguste Reibler, Kartonnagenarbeit., 56 Jahre, Magenkrebs.
- Max Berner, Buchbinder, 41 Jahre, Lungenleiden.
- Wilhelm Burg, Präger, 67 Jahre, Lungenleiden.
- Otto Dames, Präger, 78 Jahre, Herzschwäche.
- Else Seifert, Buchbindereiarbeiterin, 22 Jahre, Lungenleiden.
- Else Wobbe, Buchbindereiarbeiterin, 81 Jahre, Operation.
- Auguste Blantenburg, Buchbindereiarbeiterin, 76 Jahre, Lungenentzündung.
- Wilhelm Romische, Goldschmittmacher, 71 Jahre, Herzschwäche.
- August Schulz, Buchbinder, 68 Jahre, Lungen- und Tuberkulose.
- Maria Hamann, Hefsterin, 27 Jahre, Lungenleiden.
- Gertrud Ahlebernd, Stuvtarbeiterin, 19 Jahre, Lungenleiden.
- Franz Hauslik, Buchbinder, 87 Jahre, Lungenleiden.
- Dslar Stechowski, Buchbinder, 50 Jahre, Gehirnerweichung.
- Marta Binder, Buchbindereiarbeiterin, Lungenleiden.
- Gustav Böhm, Kartonnagenzuschneid., 52 Jahre, Schlaganfall.

- Breslau.** Gertrud Scheiblich, Buchbindereiarbeiterin, 20 Jahre.
- Elizabeth Flug, Buchbindereiarbeiterin, 84 Jahre.
- Berta Hartmann, Buchbindereiarbeiterin, 40 Jahre.
- Johann Michalsky, Buchbinder, 48 Jahre.
- Brieg.** Luise Schneider, Buchbindereiarbeiterin, 18 Jahre.
- Ghemnig.** Anna Appelt, Kartonnagenarbeiterin, 23 Jahre, Mittelohrentzünd.
- Freiburg i B.** Lina Kern, Buchbindereiarbeiterin, Gruppe.
- Wan 12 (Lichtenstein).** Arno Reubert, Buchbinder, 47 Jahre, Lungenleiden.
- Hannu.** Gretchen Müller.
- Ilmenau.** Gottfried Walter, 17 Jahre, Lungenleiden.
- Magdeburg.** Christoph Trautner, Buchbinder, 61 Jahre.
- Elizabeth Neumann, Buchbindereiarbeiterin, 26 Jahre.
- Stuttgart.** Ludwig Fehmann, Buchbinder, 61 Jahre, Schmermut
- Anna Schäfer, Buchbindereiarbeiterin, 49 Jahre, Gehirnschlag.
- Elisa Steinemann, Buchbindereiarbeiterin, 18 Jahre, Lungenleiden.

Allen ein erndes Andenken.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und Ersahmänner zum Ausschuß der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Die Wahlen aus dem Kreise der Arbeitgeber finden statt am Montag, den 30. Mai 1921, nachmittags 4—6 Uhr, im Bierhaus Voege, Kommandantenstraße 50.

Die Wahlen aus dem Kreise der Versicherten am Sonnabend, den 28. Mai 1921, nachmittags 1—7 Uhr, in dem Bureau der Kasse, Stralauer Straße 7—9, und in dem Lokal von Rathmann, Wilhelmstr. 118.

Es sind zu wählen von den zur Kasse beitragspflichtigen Arbeitgebern 30 Vertreter und 60 Ersahmänner, von den bei der Kasse Versicherten 60 Vertreter und 120 Ersahmänner.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der genehmigten Wahlordnung.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge, gefordert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten, aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Für die Versicherten ist als letzter Termin der Einreichung der Wahlvorschläge der 30. April 1921, mittags 1 Uhr, für die Arbeitgeber der 2. Mai 1921, mittags 1 Uhr, festgesetzt.

Die Wahlvorschläge sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie nicht mit den erforderlichen Unterschriften versehen, oder wenn die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, es sei denn, daß die Mängel rechtzeitig abgestellt werden.

Die zugelassenen Wahlvorschläge werden eine Woche vor der Wahl im Kassenlokal während der Zeit von 8—1 Uhr zur Einsichtnahme für die Wähler ausliegen. Dasselbst können auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse eingesehen werden und etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl und Stimmberechtigung bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand geltend gemacht werden.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden. Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung durch eine Wahlkarte auszuweisen, welche dem Wahlberechtigten auf seinen Antrag in der Zeit vom 18. Mai bis 26. Mai 1921 während der Bureaustunden im Kassenlokal ausgestellt wird.

Berlin, den 9. April 1921.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

R. Gottesmann, Vorsitzender

F. Reefe, Schriftführer.

Zahlstelle Berlin. * Taubstummenabteilung.

Am Freitag, den 22. April, findet die Versammlung beim Genossen Schwings, Alexandrinenstraße 56, statt, Anfang 7 Uhr.

Tagesordnung:

1. Der Bundesstag in Dresden, Referent Genosse Wertens.
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
3. Wahl eines Obmanns.
4. Verlesenes.

Das Erscheinen aller taustummten Kollegen und Kolleginnen wird bestimmt erwartet.

Der Obmann: Siegfried Meyer.

Kunstabebinder.

Für die Leitung meiner Abteilung für handgearbeitete Bände wird ein befähigter Handbuehbinder od. Vergolter gesucht, der sowohl im Entwurf wie auch in sachlichen Arbeiten hervorragendes leitet. Bewerbungen mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen an **E. A. Enders, Leipzig.**

la reine Lederleimgallerie

ca. 50 Proz. Trodengehalt, böilig geruchlos, liefert äußert preiswert **Chem. Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig.**

Als Spezialität liefert zu billigsten Tagespreisen

feinstes

Bilderglas

Adolf Rommel, Köln/Rh.

Glasgroßhandlg. Agrippastr. 68/74